

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:
E. Säfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:
M. Grigner. E. Saut

N^o 73.

Wien, Dienstag den 20. Juni

1848.

Aufforderung an die liberale und radikale Partei Wiens.

Es sind uns außerordentlich viele Anfragen um die Adressen als liberal gekannter Private und Journalisten vorgekommen, um selbe wählen zu können.

Da nun die Wahlzettel ohne Adressen der Gewählten, wenn selbe auch zu den bekanntesten und renomirtesten Persönlichkeiten gehören — **nicht angenommen** werden, so ladet die Redaktion der Constitution alle, die durch ihre liberale Gesinnung dem Vaterlande bei diesem so hochwichtigen Acte nützen können und wollen, hiermit ein, nun ihre genauen Adressen im Expeditions-Lokale der Constitution

Riemerstraße, Jakobshof Nr. 796

abzugeben, wo dann jedem anfragenden Urwähler und respektive der zu hoffenden direkten Wähler, das darüber geführte genaue Verzeichniß zur Einsicht vorgelegt werden, und jede Auskunft auf das bereitwilligste gegeben werden wird.

Offener Brief an unsere Vertrauensmänner!

Direkte allgemeine Deputirten-Wahlen betreffend.

Mit Gott Glück auf! im freien österreichischen Bürgerkaiserstaate und im Vereine mit Deutschland!!

Wir Ackerbauer und Viehzüchter, Bergmänner, Schiffsleute, Fabrik- und Handarbeiter, auch Handelsgenossen und Gemeindevorwese; durch unsere Errungenschaften in den ruhmvollen März- und Mattagen, und durch Zustimmung unseres Bürgerkaisers:

Als Vollmachtgebende und als die Staatsverfassung begründende (constituierende) Mehrzahl der österreichischen Völkerschaften:

Wir, endlich, allüberall Mehrere des Familienwohlstandes; zugleich als nothberechtigte Vertreter der Arbeiterkräfte, der Intelligenz und des Besitzthums, auch als gesetzliche Vormünder aller Besitz- und Arbeitslosen und Unverschuldet-Erwerbsunfähigen:

In unserem und im Namen aller uns angehörigen Abwesenden in Wien und aller Orten, im In- und Auslande:

Gesehen das Manifest, Ferdinand des Gütigen, vollzogen Wien am 25. April 1848, sammt projektirter Verfassungs-Urkunde;

Gesehen die hierauf bezügliche Proklamation, Wien 16. Mai 1848; Abgesehen von der Erklärung ohne Ausstellungstag und Unterschrift, angebliß des Ministeriums des Innern, laut Wiener Zeitung Nr. 155, vom 4. Juni d. J. sammt projektirten Anordnungen zur indirekten Wahl der Mitglieder der constituierenden Kammer;

Gesehen und freudig begrüßt die beiden offenen Briefe, vollzogen Innsbruck am 3. und 6. Juni 1848;

Gesehen, endlich, die vielen Kundmachungen und Einladungen an allen Straßenecken und Hausthüren — eben auch zur indirekten Wahl von Vertrauensmännern für den nächsten Reichstag in Wien; mit der schließlichen Erklärung, Wien den 18. Juni d. J., daß der Urwähler den Wahlmann „aus dem ganzen Umfang der Stadt Wien wählen“ kann:

In der guten Absicht und fest entschlossen, um jeden Preis, nöthigenfalls, Einer für Alle und Sämmtliche für jeden Einzelnen ohne Unterschied — einen rechtskräftigen und sicheren Antheil „an der Regelung der Angelegenheiten des Vaterlandes“ zu nehmen; im buchstäblichen und unverkümmerten Sinne des Programms, Wien 25. Apr. l. d. J.:

Zu Recht erkannt, daß alle Staatsbürger, ob Adelige, Bürger, Bauern oder Arbeiter (wie ferne sie in keinem dienstlichen Verhältnisse stehen) zur direkten Wahl ihrer Vertrauensmänner gegen Wem, wo und wann immer, zur Wahrung der Volksinteressen, insbesondere also auch am nächsten Reichstage allhier — vollkommen gleichberechtigt sein; und Daß diese Wahlen im Einklang mit dem Zwecke des Reichstages gebracht werden sollen; endlich

Daß, ebenso, die Wahlordnung der Natur der zu begründenden Staatsverfassung gemäß sein: deßhalb nur auf bürgerlich-alleinherrschaftlichem (demokratisch-monarchischem) Rechtsgrunde in allen ihren Formen, immer nur auf der breitestmöglichen Bahn der staatsbürger,

ischen Freiheit Gleichheit, Verbrüderung und zeitgemäßer Verbesserungen fassen soll:

Dasürgehalten, daß daher nur durch eine allgemeine, uneingeschränkte und unmittelbare Wahl der Vertrauensmänner — gleichgiltig in welchem Bezirke und wo immer im In- und Auslande — aus dem österreichischen Volke, durch das Volk und für das Volk — den unzweideutigen Gesinnungen und Absichten unseres Bürgerkaisers entsprochen werden könne:

Daß, im Gegenhalte, der projektirte doppelte Wahlmodus offenbar der überwiegenden Meinung des Volkes, nicht minder dem guten Willen unseres Bürgermonarchen, neue und mühevoll zu bewältigende Schranken setze; in keinem Falle die nöthige Garantie gewähre, noch alle Zweifel einer vollkommen freien Volksvertretung entfernt halte — sondern vielmehr alle bisan gewohnten bureau- und aristokratischen Corrupttionen und extreme Rückwirkungen dem allerzünftig herbeiführen würden.

Wir, das gewerbliche Volk, im Namen und Eigenschaften, wie eingangserwähnt, endlich, in bester Form Rechts:

Erklären, somit, die Nullität aller bisher gepflogenen indirekten Urwahlen der Wähler der Deputirten zum nächsten Reichstage in Wien, welche daher als niemals vollzogen anzusehen sind: und

Protestiren, unter Einem, heute für damals — gegen jede Handlung, Zugeständniß oder Verweigerung, welche derart ungesetzlich gewählt, in mehren Distrikten aufgedrungenen Urwähler, etwa auch Wähler und Deputirte, im Interesse und Namen — zum Nutzen oder Schaden — des österreichischen Volkes angebahnt oder jemals vollzogen haben dürften; um so mehr, als unsere Vertrauensmänner am nächsten Reichstage als Kläger in unserem Namen volle gesetzliche Genugthuung für allen seit 20. März 1811 erlittenen studirten Schaden an Vermögen, Rechten und Personen auf Unkosten der Schuldtragenden — öffentlich ansprechen, beweisen und fordern werden! Ein hohes Ministerium, P. T. Herr Generalprocurator des Bürgerkaisers, ein wohlthätiger Ausschuß der Bürger, Garden und Studenten zur Wahrung der Volksrechte und des Familienwohlstandes — werden anmit öffentlich aufgefordert und pflichtschuldigst, auch hochachtungsvollst gebeten, wegen Dringlichkeit der Umstände das Nöthige alsogleich verfügen zu wollen, damit:

1. die bereits gepflogenen Urwahlen und Wahlen ungültig und als ob niemals vollzogen erklärt, und

2. unverzüglich in allen Distrikten und Provinzen sämtliche Bürger — Garden — Legionisten — und Arbeiter-Compagnien, nicht minder in alle Innungen und wahlfähigen Corporationen zur unmittelbaren Wahl der Deputirten, ohne irgend einen Census oder Unterschied, endlich ohne weitere Rücksicht auf den heutigen Aufenthalt, in Wien und aller Orten im In- und Auslande, des zu Wählenden angewiesen werde; immer

3. mit Beseitigung aller Privat- oder öffentlichen Beamten, Geistlichen, Militärs und Dienstleute; immer, endlich, damit die gewählten Deputirten

4. im Verhältnisse von je vier Grundbesitzern zu fünf — welche bloß der Intelligenz — und zu anderen sechs Vertrauensmännern, welche dem Arbeiterstande — ob Adelige, Bürger, Bauern oder Tagwerker — angehören; Grundbesitz — Arbeit — und Erwerbslose niemals ausgeschlossen! —

Ein hohes Ministerium des Innern wolle mit gewohnter Vorsicht und Gerechtigkeitsliebe nimmermehr zugeben — daß etwa unsere Schulbner oder reactionäre Männer, Verräther an Fürst und Vaterland, Män-

ner, denen kein Eigenthum jemals heilig war, und welche niemals vom Volke, durch das Volk und für das Volk gewählt werden können — im nächsten Reichstage in ihren eigenen Angelegenheiten stimmfähig und rechtsprechen dürfen, dem Volke gegenüber, Europa gegenüber!! Gott erhalte unseren Bürgerkaiser!

Wien am 19. Juni 1848.

Namens des gewerblichen Volkes, Einer für Alle.

Wien den 19. Juni. Man schreitet jetzt von österreichischer Seite ernstlich an eine Pazifikation Italiens. Ob die Italiener auf unsere Anträge unter jetzigen Umständen eingehen werden, scheint uns noch sehr zweifelhaft; jedenfalls wäre es damals, als wir unsren warnenden Ruf: „Nicht auf nach Italien!“ niedergeschrieben, mehr an der Zeit als jetzt und der Erfolg ein günstigerer gewesen. Karl Albert verlangt jetzt nicht allein die Lombardie, sondern auch Istrien und Dalmatien, was in so ferne ein schmerzlicher Verlust für Oesterreich und Deutschland wäre, als damit ein Hauptnerv unsers und deutschen Handels, die einzige unmittelbare Verbindung mit dem mittelländischen Meere, in fremde Hände übergeht. Wir setzen hiebei voraus, daß es uns nicht gelingt, Venedig zurückzuerhalten. Wenn dies aber auch für den Moment gelänge, so ist doch kein Zweifel, daß der Besitz keinen Bestand hätte, und nur von Neuem zum Zankapfel mit Italien würde. Es spricht sich in unsrer Zeit das Streben nach Einigung und Wahrung der Nationalitäten zu deutlich aus, als daß sich von einem entgegengesetzten Schritte Gutes erwarten ließe. Im Venezianischen ist, so gut wie dies durch die völkerverachtende Politik von vormals in ganz Italien hervorgerufen war, der Haß gegen alles Deutsche bis zur Leidenschaft gestiegen, und Venedig wäre eine Bombe in unsrem Schooße, die jeden Moment zu zerspringen droht. Möchte man doch endlich einsehen lernen, daß man zu eignem und der Völker Wohle nur mit den Sympathien der Völker regieren kann. Um so energischer müssen jedoch alle Mittel ergriffen werden, um sowohl Südtirol als Istrien mit Triest zu behaupten, da in diesen Laubestheilen allerdings die deutschen Sympathien weit vorherrschend sind, und wir sie somit mit vollem Rechte besitzen. Es ist jedoch nicht allein das uns zukommende Recht, sondern es ist unsre heilige Pflicht, diejenigen, die mit uns leben, leben wollen und freiwillig Brüder nenaen, bis zum letzten Blutstropfen zu schützen. Freudig würden wir zu diesem Zwecke Geld und Freiwillige opfern, während wir bis jetzt mit Schauern die Millionen zählten, die jeden Monat nach Italien gingen, und mit Thränen unsre Landesöhne — scheiden sahen, die in nutzloser Tapferkeit einem lorbeerlosen Tode entgegengehen. — Es ist um so wichtiger, den angreifenden Kriegsplan völlig aufzugeben und sich bloß auf Vertheidigung der von italienischen und deutschen Sympathien gezogenen Gränzen zu beschränken, als wir, wenn wir den allem Anscheine nach in Böhmen entflammenden Bürgerkrieg zu dem Wohle Böhmens und in unserem Interesse noch rechtzeitig unterdrücken wollen, dort eine imposante Kriegsmacht aufstellen müssen, die auch Rußland Achtung zu gebieten im Stande wäre. Wir sagen dies, da wir einerseits eben so wenig an die Einnahme Prags die Veruhigung Böhmens knüpfen zu dürfen glauben, als wir anderseits von Rußlands listernen Gesinnungen in nicht überzeugt sind. —

Grigner.

Wien. — Man hat es der Presse, namentlich diesem Blatte, zum Vorwurf gemacht, das es die unmittelbare (direkte) Wahl erst, als es schon zu spät war, zur Sprache gebracht habe. Man thut damit der Presse Unrecht; ihr Gang war ein regelmäßiger Entwicklungsgang, wie er im Wesen der Sache liegt, das entgegengesetzte Verfahren wäre ein

Sprung gewesen. Sprünge haben wir aber nur in den Tagen des März gemacht und später immer nur dann, wenn die Regierung zurückschreiten wollte. Die Presse konnte die unmittelbare Wahl nicht eher besprechen, als bis die Wahlordnung erschienen war; sie hätte sonst politische Abhandlungen über mittelbare und unmittelbare Wahl geben müssen, zu denen jetzt ganz und gar nicht die Zeit ist, sie hat es verzogen, die Besprechung der Wahlart erst dann zu beginnen, als die öffentliche Aufmerksamkeit bereits durch die Nothwendigkeit zu wählen auf das Mißliche der angeordneten Wahlart gerichtet war. Der Erfolg hat ihr Verfahren gerechtfertigt. Man hat ihr freilich zugerufen: Zu spät! zu spät! Allein dieses berühmte Wort paßt nur auf die Verweigerung öffentlicher Rechte, auf die Presse, diese unermüdete Kämpferin für alles, was Recht ist, paßt es ganz und gar nicht. Die Presse hat den Kampf eröffnet, als der Feind, die mittelbare (indirekte) Wahlart, ihr im Angesichte war, sie hat ihn beharrlich fortgeführt, sie hat Schanze für Schanze erstiegen, sie hat den Boden Schritt für Schritt erobert. Der Minister erkennt den Grundsatz der unmittelbaren Wahl an, erhebt aber Schwierigkeiten gegen die Ausführbarkeit; die Deputation des Ausschusses, den Vorsteher selbst an der Spitze, erklärt sich überwunden — die Presse nicht. Beharrlich verfolgt sie ihr Ziel und ist siegreich, weil die öffentliche Meinung mit ihr ist. Aber nur Schritt vor Schritt weicht man der Macht der Wahrheit. Man erstreckt die Einzeichnungsfrist; das genügt nicht, wie sich von selbst versteht. Nun hebt man die eben so lächerliche als heillose Beschränkung auf, daß die 10 Wahlmänner aus dem Distrikte genommen werden mußten — auch damit ist die Presse nicht zufrieden, so wenig als die öffentliche Meinung, die sich auch im Ausschusse geltend macht, der aber, von der Arbeiterfrage gedrängt, mehrere Tage gar nicht Zeit findet, sich mit der Wahlfrage zu beschäftigen. So ist, indem ich dieses schreibe, der Morgen des 19., an dem die Urwahlen beginnen sollten, angebrochen; aber sie sind bereits so gut als unmöglich geworden.

Geräuschlos, aber unaufhaltsam schreitet der Geist vernünftiger Nothwendigkeit vorwärts, Prag gibt in Blut und Flammen eine traurige, aber glänzende Rechtfertigung Wiens, und der Minister, ich bin davon überzeugt, wird den Geist zu ehren wissen, der hier in Wien mit Gründen das Vernünftige, das Nothwendige verlangt. Die Ereignisse in Böhmen machen die Eröffnung des Volkstages, am 26. vollends unmöglich und räumen damit auch die übrigens ganz unstatthafte Einwendung wegen Mangels an Zeit hinweg.

Wir werden die unmittelbare Wahl bekommen, wenn sie nicht in dem Augenblicke, da dieses gelesen wird, bereits errungen ist. Wir führen keine Gründe mehr dafür an, weil Alle, die es redlich meinen mit der guten Sache, darüber einig sind; aber wir werden darüber sprechen, bis das Ziel erreicht sein wird. Stürmen werden wir nicht mehr, denn die weiße Fahne weht schon auf der Festung; aber wir weichen nicht aus den Laufgräben und nicht von unserm Geschütze, bevor Alles entschieden ist.

C. Winterberg.

Das Frankfurter Parlament.

Mit so unendlichem Jubel der Zusammentritt des Parlaments zu Frankfurt begrüßt wurde, mit so schmerzlicher, zorniger Wehmuth stehen wir heute vor dem Parlamente, das mit dem stolzen Namen einer konstituierenden National-Versammlung prangend, bis jetzt so ganz und gar Nichts für das deutsche Volk geleistet hat. Ausfluß des souveränen Volks von Deutschland begriff dieser Körper seine Stellung und Gewalt so wenig, daß es einer fast endlosen Debatte bedurfte, um den Ausspruch jagend

hinzustellen. der eben in der Paulskirche als handgreifliches Faktum da stand, den nämlich: das Volk ist souverän. Ja sie haben den Unsinn so weit getrieben, nach diesem Ausspruche von Vereinbarung mit den Regierungen zu sprechen, während durch ihn die Fürsten nichts mehr als die erblichen, unverantwortlichen ersten Großwürdenträger des souveränen Volkes wurden, da doch zwei gleiche Hoheitsrechte neben einander nicht bestehen können. Die Herrn berathen über Größe und Macht des Volkes, und ein Fürst, ein König von Preußen bedeckt den Namen dieses Volkes mit Schmach und Schimpf, indem er ein kampflustiges, siegreiches Heer, ein Heer aus seinen besten Truppen mit einem tüchtigen General an der Spitze in wilder Flucht zurück eilen läßt, weil es Schwager Nikolaus nicht in den Kram paßt, Deutschlands Macht durch eine gewaltige Züchtigung frecher Uebergriffe augenfällig an den Tag gelegt zu sehen. Es hatten zwar einige zündende Worte von Männern, die ehrlich und mit Gut und Blut der Sache des Volkes angehörend, eine solche Maßregel als empörend, als Verrath an der Nation bezeichnet; aber da kommen wieder einige dieser flauen Liberalen, von denen der Bibelspruch gilt: „weil du weder kalt noch warm, sondern lau bist, will ich dich aus meinem Munde speien,“ und erklären mit weisen Mienen und bedächtigen Augenzwinkern, höhere strategische Rücksichten hätten den Rückzug veranlaßt. Diese Herren wissen wohl nicht, daß der wackere Degen Wrangel im ersten Ummuthe über die Diplomatentnisse, die ihm das Schwert in die Scheide zwangen, sein Commando niederzulegen gesonnen war. Und hat nicht die That der Gegenwart, das erneuerte Vorrücken des deutschen Heeres in Folge der erbitterten Volksstimmung und der unverschämten dänischen Raubzüge, die militärischen Talente dieser Herren Deputirten sehr in Frage gestellt, dagegen die von ihnen bestrittene Einmischung des Petersburger Cabinettes zur Gewißheit gemacht? Sie berathen über die Errichtung einer deutschen Flotte lange, lange Zeit in einem dafür niedergesetzten Ausschusse. endlich kommt das neue Geisteskind zur Plenarberatung und wird als ein solcher Wechselbalg erkannt, daß ein Deputirter darauf anträgt, man möge es zur gänzlichen nicht Verbesserung, sondern Umschaffung nochmals dem Ausschusse zurückgeben. Wieder kommen sie nach langem Hin- und Herreden zu dem weisen Schlusse: 6 Millionen Thaler seien im verfassungsmäßigen Wege aufzubringen, über deren Verwendung eine erst (weiß Gott, wann!) zu schaffende Centralgewalt der National-Versammlung verantwortlich sein wird. Armes Deutschland! Du wirst noch lange keine Flotte haben, deren Anfangsgründe mit geringen Kosten schon vor 12 Jahren ein einfacher Helgolander Schiffbauer sich vermaß. Arme Nationalversammlung! die in Einem Athem trotz Schriftgelehrten und Rechtskundigen sich einen so schreienden Widerspruch binnen 24 Stunden zu Schulden kommen läßt, wie den folgenden.

13. Juni. Die Centralgewalt soll zwar ihren Regierungen; aber nicht der National-Versammlung verantwortlich.

14. Juni, die Centralgewalt soll für 6 Millionen zur Flotte der National-Versammlung verantwortlich sein.

Es erscheint dieser Widerspruch auf den ersten Anblick als eine große Lächerlichkeit, er ist mehr; denn der 14. Juni beweist die Unmöglichkeit der Durchführung des 13. Juni und der Beschluß des 13. Juni hebt die Souveränität des Volkes auf. Die Nationalversammlung hat sich durch ihren Beschluß vom 13. Juni des Hochverrathes an der Volkssache schuldig gemacht, die Nationalversammlung hat am 13. Juni ein fluchwürdiges Attentat auf die deutsche Freiheit begangen.

Das souveräne Volk von Deutschland und eine ihm nicht verant-

wortliche Centralgewalt am besten 3 nichtsoveraine Fürsten!
Das einigte Deutschland und diese Centralgewalt in ihrer Dreispaltigkeit drei einzelnen Regierungen verantwortlich!

Diese drei Regierungsbevollmächtigten sollen für die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten ganz die Stellung einnehmen, welche in dem constitutionellen Staate der Monarch behauptet, d. h. ihre Minister sollen der Nationalversammlung verantwortlich sein. Wir erlauben uns die bescheidene Frage, ob es der Weisheit der Nationalversammlung nicht einleuchtet, daß, wenn diese Herren als quasi constitutionelles Oberhaupt Deutschlands dem Volke nur durch die Minister-Verantwortlichkeit Rechenschaft geben, sie unmöglich einem Einzelfürsten, einem Großwürdenträger eben dieses Volkes, persönlich verantwortlich sein können. Wir trauen unseren aus indirekten Wahlen entsprossenen Vertretern so viele Einfalt nicht zu, daß das Begreifen eines so klaren Sazes über ihren politischen Horizont gehe und es bleibt uns also nur übrig, uns der bitteren Ueberzeugung hinzugeben, man habe uns mit vollem Bewußtsein an die Feinde der Freiheit, an eine Ober-Camarilla verrathen. Die Nationalversammlung erniedrigt sich so weit, daß sie dieses Oberhaupt, welches Deutschlands Zukunft in ihrer Begründung sanktioniren soll, ohne alle Discussion nur durch einfache Abstimmung annehmen muß, aus der zarten Rücksicht, daß die Persönlichkeiten dieser Herren keinen unangenehmen Erörterungen ausgesetzt werden. Es ist eine niederträchtige Perfidie, auf eine solche Weise den Sündenpact eines allensfalligen Schandregisters über die Prüfungsgrenze zu schwärzen. Meint man das Volk von Deutschland werde das schmachvolle Werk seiner Niederknechtung ruhig mit ansehen, ruhig hing eben, was es mit Gefahr und Verlust von seinem Leben erkaufte hat?

Das Volk hat lange gelitten, lange geduldet, lange gekämpft und muß seinen Siegespreis mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft zu erhalten wissen. Daher wird es diese Regierungsgewalt durchaus in keinem Falle an die ihm feindlichen Aristokraten übertragen lassen, das Volk wird nicht zugeben, daß seine obersten Vertreter namentlich nach Außen hin durch partielle Verantwortlichkeit seine ganze Kraft als Hebel für selbstsüchtige dynastische Einzelzwecke gebrauche. Das Volk wird ferner eine Behörde, welcher der berühmte Bundestag gewissermaßen als Staatsrath zur Seite stehen soll, von vorne herein, als gemeinschädlichen Einflüssen ausgesetzt, betrachten, ihr daher in gar keiner Beziehung Vertrauen schenken. Dagegen wird eine aus der Nationalversammlung hervorgegangene, in einer bestimmten Frist abtretende, dieser einzig und allein verantwortliche oberste Centralbehörde, die als Executivgewalt des souverainen Volkes in seiner Gesamtheit über der Zerstückelung der 38 Einzelregierungen steht, ihrem Zwecke zu entsprechen und das Vertrauen des Volkes zu verdienen im Stande sein. Sollen wir hiebei wirklich noch der abgeschmackten Lächerlichkeit erwähnen, eine solche Centralbehörde sei eine republikanische, da es möglicher Weise Leute gibt, welche nicht begreifen, wie diese Behörde des Gesamtdeutschlands mit den partiellen Rechten der einzelnen Fürsten durchaus in gar keine Collision kommen kann? Nein. Denn man ist es in neuester Zeit so sehr wieder gewohnt worden, jeden, welcher ein ehrliches Wort offen und ehrlich ausspricht, sofort einen Republikaner zu nennen, daß man völlig verzweifeln muß, eine Berichtigung dieser perfiden Bezeichnungswiese zu versuchen. Ueberhaupt ist der Grund dafür in der Gehässigkeit und Auk aller derjenigen wohl am besten zu suchen, welche zu den frommen Congregationen vulgo Camarillen zu Innsbruck, München, London und Berlin sehnsüchtige Blicke hinüber werfen und daher jeden ihrer

politischen Gegner, wenn sie ihn zu widerlegen nicht im Stande sind, einfach als Republikaner gebrandmarkt zu haben glauben.

Niederhuber.

Das Steckenpferd der reaktionären Partei.

(Schluß.)

Statt den Leser mit der Wiederholung meines Aufzuges „die geistlichen Proletarier“ Blatt Nr. 58 und den stiftlichen Erklärungen Bellage Nr. 64. zu belästigen, will ich denselben hiermit ersuchen, beide Blätter nachzuschlagen falls sich gegen das, was ich weiter vorbringen werde Bedenken erheben sollten. Das Stift zu den Schotten gibt die von mir angeführten Thatsachen — weil es denn doch nicht anders kann — sammt und sonders zu, will aber kein Unrecht begangen haben, weil es kaiserliche Dekrete besitzt, welche ihm diese Rechte einräumen. Ich habe diese Dekrete nicht eingesehen, will aber den Herren Schottlern auf's Wort glauben, daß sie nicht nur die angeführten, sondern auch noch andere Dekrete in die tausende in ihrem Archive verwahren. Nichts ist wahrscheinlicher als daß der Schottenhof, der schon so vielen Regierungs- und Hofräthen Unterstand gegeben und sie leben läßt, eine reiche Sammlung von Dekreten aufzuweisen habe, worunter es gewiß nur äußerst wenige geben wird, die auf Abweisung lauten. Wenn ich aber diese Herren darauf aufmerksam mache, wie sie nur diejenigen Dekrete befolgen, welche ihnen Nutzen und Vortheil bringen, andern dagegen — sie werden mich schon verstehen — unbescheut übertreten, können sie gleichfalls wieder nichts Gründliches dagegen einwenden. Meine Herren! habe ich vielleicht die Authentizität ihrer Privilegien angefochten? Nicht mit einem Worte; von Willkühr ist in meinem Aufzage gar keine Rede. Sie selber brechen den Stab über ihre eigenen Dekrete. Sie wissen recht gut: summum jus, summa in jura, nur von einer sittlich-vernünftigen Nachgiebigkeit wollen Sie durchaus nichts wissen. An ihren Dekreten wollen Sie so lange halten, bis die Staatsverwaltung durch neue, zweckmäßigere Gesetze alles Alte verwirft, mit andern Worten: Sie wollen und werden so lange fort machen, bis der Staat alle ihre Privilegien und Gerechtigkeiten sammt und sonders aufhebt und ihrer unverbefferlichen Junggesellenwirthschaft ein Ende macht.

Nun kennen wir die Sprache im Voraus, welche die Privilegirten am Reichstage führen werden.

Ich bin der Prälat des Stiftes zu Klosterneuburg, errichtet von Leopold dem Heiligen, Landespatron und Markgraf von Oesterreich; hier der Stiftsbrief sammt angehängten landesherrlichen Insegl. Ich habe bei meiner Wahl auf das heilige Evangelium geschworen, die Rechte und Gerechtigkeiten meines Stiftes bis zu meinem letzten Athemzuge treu und gewissenhaft zu bewahren, ohne das geringste davon zu vergeben. Glaube ja keiner, daß ich meinen Eid brechen werde; keine Gewalt der Erde wird mich dazu zwingen können. Ich protestire feierlich im Angesichte Gottes und der hohen Reichsversammlung gegen jeden Eingriff in die uralte heiligen Rechte meines Stiftes. Möge man ja nicht rohe Gewalt auf den Thron des heiligen Rechts setzen; es gibt eine höhere Macht. Volksvertreter! schonet den wehrlosen Priester, verwahret Euer Gewissen, bedenket, Gott wird Euch richten.

Wird der Klerus, der lange genug Zeit gehabt, sich auf den entscheidenden Schlag vorzubereiten nicht eine solche Mine der Redekunst springen lassen, wird es dann mit einem bloßen Achselzucken der anwesenden Deputation abgethan sein? Und wenn dem wirklich so wäre, was thut der Aristokrat? Ich habe Zehent, Robot, Bergrecht, Körnerdienst, Moratorium, Laudemium, alle meine grundherrlichen Rechte gekauft, da sehet

den Kaufbrief; sie sind alle, Post für Post spezifizirt. Wenn ihr mich dieser Rechte beraubt, bin ich ruiniert; das werdet Ihr doch nicht beabsichtigen. Ich bin Graf, vom uraltem Adel, Herr und Landmann, und wenn ihr unbankbar genug von den unsterblichen Verdiensten meines Hauses, nun nichts mehr wissen wollt, so sage ich Euch, ich habe von meiner ersten Jugend an dem Vaterlande als Soldat gedient, habe Schlachten gewonnen, mein ganzes Leben war dem Vaterlande geweiht. Keiner wird sich rühmen können, mehr und besseres geleistet zu haben, bin Familienvater, ich habe nichts zu verschleudern. Braucht es aber mehr Gründe, so sollt ihr auch noch wissen, daß meine Herrschaften stark verschuldet sind. Wenn Niemand mehr einen Zehent geben, keine Robot leisten will, wenn es überhaupt von dem Unterthansverbande gänzlich abkommen soll, so muß der Staat meine Schulden bezahlen; nun habe ich ausgerebet.

Mit wenigen Worten viel gesprochen, sehr viel; den Vertretern des Bauernstandes, denen jetzt das Wort gebührt, dürfte dabei ein wenig heiß werden, besonders wenn sie erkennen, daß, ist nur erst in Betreff dieser Rechte eine Geldentschädigung bei der Reichsversammlung durchgegangen, in welcher Hinsicht die Berechtigten Alles nur Erdentliche aufbieten werden, der Staat, mit der Uebernahme der Entschädigung sich keineswegs übereilend, dieselbe auf die Verpflichteten hinüberspielen könnte. Mein Vortrag, wenn ich einen zu machen hätte — was aber eben nicht der Fall ist — würde folgende Gründe zusammen fassen.

Der Unterthansverband — *nexus subtilae* — ist in der Konstitution wie wir sie besitzen aufgegangen, in den österreichischen Staaten existirt kein Unterthansverband mehr. Alle Frohdienste jeder Art und Gattung hat das kaiserliche Wort, welches die Souveränität des Oesterreichischen Volkes ausgesprochen, amortisirt, ergo sind Grund und Boden lastenfrei; freilich nicht von Privatschulden, auch nicht von etwaigen Servituten das versteht sich wohl von selbst.

Der Reichstag müßte durch einen der gewagtesten Rückschritte diese Lasten erst wieder neu erschaffen, ein verzweifelttes Wagniß, gegen welches die ganze Nation wie ein Mann aufstehen würde. Die Reichsversammlung wird aber sonder Zweifel begreifen, wie sie nicht des Rückschrittes, sondern des Fortschreitens wegen einberufen worden, nicht um das Land in ein unabsehbares Elend zu stürzen, sondern um dasselbe dauerhaft zu beglücken. Hat der Bauer verhältnißmäßig nicht eben so viele, ja bei weitem mehr Schulden als der Privilegirte nur immer haben kann? Fraget die Waisenämter, geht zu den Sparkassen; lasset euch die Sachbücher aufschlagen, die werden euch endlose Schuldenregister der Bauern aufweisen, worüber ihr staunen werdet. Und wer bezahlt die Schulden des Bauers? Ihr wisst es ja, Niemand als er selber und mit welchem Gelde er sie bezahlt, könntet ihr wohl auch wissen. Um nur die Interessen zur bestimmten Zeit abführen zu können, um eine, wie man auf dem Lande zu sagen pflegt, bereits überständig Tochter unter die Haube zu bringen, verkauft er ein freies Ueberland nach dem andern. Nun das könnt ihr ja viel leichter thun, sobald der Nachspruch der Reichsversammlung den Zauberschleier von innern Fidei-Commissherrschaften und Geld-Fidei-Commisshinweggenommen. Ihr habt Witwengehalte und Apanagen zu bestreiten, ja wohl zu bestreiten, weil ihr dabei mit Prozessen niemals fertig werden könntet. Auch gibt es Fidei-Commis-Anwärter, sehr gute Freunde, nahe Blutsverwandte, welche nichts sehnlicher wünschen als euer baldiges Ende, indessen ihr den lieben Onkeln und Tanten zu Trost nur recht lange leben und das Fidei-Commis gänzlich verschulden möchtet. Sind Witwengehalte und Apanagen etwas Anderes als „der Ausnahm“ bei Bauern? Nein, es ist dasselbe. Der ganz unnatürliche Verband, womit eure Ahnen

ihre Familien besorgen, von der unsinnigen Idee, um sie zu vereintigen, so wie sie überhaupt gewohnt waren, Alles für ewige Zeiten zu thun, zusammengekoppelt, ist nicht minder lästig und schmähslich als der bisher bestandene Unterthansverband und die wahrhaft Edlen unter euch, welche bei der teuflischen Erfindung ihre Menschenrechte, ja sogar ihre Persönlichkeit aufgegeben gezwungen werden, haben den Zaubergürtel schon tausend und tausend Mal versucht und in den Abgrund der Hölle verwünschen.

Aristokraten! ich wollt euch mit der Vergleichung eurer Verhältnisse mit den unsrigen, weiß Gott! nicht beleidigen, aber die frappante Ähnlichkeit Beider führt jeden aufmerksamen Beobachter von selbst darauf. Der Bürger in den kleinen Städten, halb Bauer, halb Gewerbsmann, der Fabrikant, der Kaufmann, der Kapitalist in großen Städten stehen sich viel besser als wir und werden ihren Wohlstand bei der neuen Staatsverfassung noch höher emporbringen. Diese mögen euch für nicht mehr bestehende Rechte entschädigen, wenn eure Denk- und Handlungsweise noch immer von Härte und Gemeinheit befangen, einen Akt der Großmuth und Brüderlichkeit, womit euch andere Nationen vorleuchten aus sich selber hervorzubringen durchaus nicht fähig ist. Wir haben das Joch der Knechtschaft nur zu lang schon getragen, kein freier Mann wird sich mehr darunter beugen, von uns erwartet man keine Entschädigung. Nach constitutionellen Rechten, solchen die jedem Staatsbürger zukommen, wird es uns nun und nimmermehr gelüsten. Nie werden wir die Hand ausstrecken nach eurem großen Besitzthum, welches ihr ohne den Besitzlosen gegen äußere Feinde nicht verteidigen, nach weniger nutzbar machen könnt; wir beneiden euch nicht um den Reichthum eurer Ländereien. Unsere Söhne und Töchter, welche unsere nicht mehr ausreichende Bodenkraft den Städten zutreibt, werden gegen billigen Lohn die Arbeit eurer umfangreichen Grundstücke gerne auf sich nehmen und euer Grundcapital reichlicher verzinsen, als dieses ungeachtet alles Scherens und Schindens bisher der Fall gewesen.

So nur kann dem heranstürmenden Proletariat, welches bereits bis auf die äußerste Spitze getrieben mit gräulicher Verwüstung droht, Einhalt gethan werden. Das, was ihr heute freiwillig für eure Mitbürger und Brüder nicht thun wollt, dieses und noch weit mehr würdet ihr nach kurzer Frist unerbittlichen Feinden und bludürstigen Räubern recht gerne gewähren, dann wird es aber heißen, zu spät.

Fo. Admersdorfer.

An seine Kameraden in Wien.

Von Joseph Grczka.

Eisenach den 12. Juni 1848.

Als wir am 7. in Breslau ankamen war eben eine Studentenversammlung angeordnet. Ich begab mich in Begleitung vieler Breslauer Committionen auf die Universität. Es handelte sich zunächst um das Mandat, welches den Deputirten nach Wartburg mitgegeben werden sollte. Nach einem Punkte dieses Mandates sind die Deputirten gehalten, darauf anzutragen, daß nach Universitäten und nicht nach Köpfen abgestimmt werde. Dieser Punkt wurde allgemein angenommen und dadurch unterstützt, daß man sagte, ie Hallenser und Jenenser, die ganz in der Nähe von Wartburg wohnen, werden zu Hunderten kommen, und somit immer in Majorität über alle Andern sein, die wegen der Entfernung sich viel spärlicher einsinden werden. Die Debatte war bereits geschlossen, aber auf mein Verlangen erhielt ich als Gast noch das Wort hierüber und ich erklärte, daß so sehr Wien dabei im Nachtheile wäre, wenn nach Köpfen gestimmt würde, so sehr muß ich doch dieser Abstim-

mungsmethode das Wort reden, weil dadurch gerade das Prinzip ausgesprochen wird, daß die Universitäten insgesammt nur ein Interesse haben, weil sie ja alle Universitäten eines einigen Deutschlands sind und darum gar nicht anzunehmen wäre, daß ganze Universitäten als solche eine andere Meinung, eine andere Tendenz in dem Verhandlungspunkte haben dürften. In der Versammlung ward mir nichts darauf erwidert, aber hierauf erklärten mir einzelne Privatier, daß auf den Universitäten Deutschlands wirklich solche Verschiedenheit obwalte, welche eben die Studentenschaft charakterisirt. Namentlich war mir Halle bezeichnet. Nach 3 Tagen war ich in Halle und überzeugte mich persönlich, ich möchte sagen von dem reaktionären Geiste der dortigen Studentenschaft im Allgemeinen. Nach dem, was wir dort hörten, ward die ganze Wartburger Versammlung auf ein Fest berechnet, wogegen wir Wiener und Breslauer aufs Bestimmteste zu protestiren fest verbunden waren. Auf dem Wege von Halle nach Eisenach setzten wir Wiener und Breslauer uns zum größten Theil in besondere Wagen zusammen, um den Gegenstand zu berathen. Die Breslauer bestanden noch immer auf ihrem Modus, nach Universitäten stimmen zu lassen; ich wollte vom Prinzip nicht lassen, endlich machte ich folgenden Vorschlag: Es mögen alle jene Studenten, welche von ihren Universitäten nicht als Deputirte geschickt werden, sondern sozusagen auf eigene Faust kommen sollten, nach einer festzustellenden Norm aus ihrer Mitte Deputirte wählen, welche sich mit denjenigen Studenten anderer Universitäten bereits als Deputirte herkommen sollen, zu einem provisorischen Parlament der deutschen Studentenschaft zu constituiren habe. Dieses provisorische Parlament erläßt in seinem Namen Adressen an sämtliche Universitäten Deutschlands, um diese von der Constituirung eben dieses Parlaments zu verständigen und ihre Anerkennung einzuholen. So hätten wir nicht eine Versammlung von höchstens 1500 deutschen Studenten auf der Wartburg, sondern indirekt eine Versammlung der ganzen deutschen Studentenschaft. Dieser Plan stellte zwar in Aussicht, daß wir viel länger, als ursprünglich beabsichtigt wurde, auf der Wartburg werden verweilen müssen, nichts desto weniger aber wurde er mit großem Beifalle angenommen und wir Wiener und Breslauer machten es uns zur Aufgabe ihn um jeden Preis auszuführen. So kamen wir in Eisenach an, wo sich bereits, wie wir schon auf der Reise von Halle hieher erfahren, ein Ausschuß gebildet hatte zur Vorbereitung des Wartburger Tages. Auch wir Wiener und Breslauer hatten auf dem Wege die Wahl solcher Ausschuß-Mitglieder je 5 an der Zahl vorgenommen. Vom Momente unserer Ankunft in Eisenach bis zu der an diesem Abende bestimmte Versammlung des Ausschusses hatten wir wenige Stunden zu unserer Disposition und wir benützten sie, um den Geist und die Tendenz der Versammlung so wie des Ausschusses, der bereits einige Tage in Thätigkeit war, zu erforschen. Es wäre uns dieses durch nichts besser gelungen als durch ein bereits gedrucktes Programm des Ausschusses über das Wartburger Fest. Dieses Programm war fast nichts anders als ein Verzeichniß von Liedern, Aufzügen und Lustpartien, welche zu bestimmten Stunden und in bestimmter Ordnung abgesungen und abgehalten werden sollten. So vorunterrichtet begaben wir uns in die Ausschußsitzung, meldeten uns beim Präsidenten und ließen unsere Ausschußmitglieder eintragen. Man beschäftigt sich eben mit der Verfassung einer Geschäftsordnung für die Hauptversammlungen und zwar eben mit der Frage, ob Fremden, die nicht Studenten sind, und sich etwa bei uns einfinden dürften, wie namentlich Ruge, Stimm- und Debatterecht, oder nur eins, nämlich Debattenrecht, ob es uns unter oder von der Gallerie herab gestattet sein solle. Die Wiener

und Breslauer waren dafür, die Andern fürchteten sich vor Ruge, er könnte etwas Politik in unsern Verhandlungen einschmuggeln. Sie sagten es eben nicht ausdrücklich, aber man konnte es ihnen absehen.

Die Debatte wurde mit der größten Confusion und wie es schien mit Parteilichkeit von Seite des Präsidenten geleitet, und ich erklärte einmal unter solchen Umständen gar nicht mitstimmen zu können. Als hierauf die Debatte etwas geordneter wurde, ergriff ich die Gelegenheit und erklärte, daß man noch gar nicht davon sprechen könne, ob außer Studenten jemand mitdebattiren und stimmen dürfe, da es nicht einmal angehe, daß alle Studenten an den Verhandlungen direkt Theil nehmen sollen, und so rückte ich dem gleich mit meinem Plane für ein Parlament der deutschen Studentenschaft heraus und meinte, daß diejenigen anwesenden Studenten, welche nicht zum Parlamente gehören, auf die Gallerien gewiesen werden müßten. Der Plan war heraus, er wurde von meinen verehrten Breslauer Collegen, Giseke und Nothe in bereedter Weise unterstützt, aber doch fast gar nicht beachtet, von der Versammlung viel nicht aufgefaßt. Als man uns auf Verlangen die Thätigkeit des Ausschusses bis dahin vorlas und dabei auch das erwähnte Programm berührt wurde, da erhob sich abermals Wien und Breslau und protestirte aufs Entschiedenste gegen eine solche Bedeutung des Wartburger Tages in einer solchen stürmischen Zeit. Wir erklärten nicht die so groß gemacht zu haben um ein Fest zu feiern, sondern für die deutsche Sache etwas Erklärliches zu leisten, wir Wiener namentlich wären gar nicht in der Lage in diesem Augenblicke an Feste zu denken und uns dem Vaterlande zu entziehen in dem Augenblicke, wo es uns vielleicht am Nothwendigsten braucht. Wir drangen abermals nicht durch, die Leute meinten in einigen Tagen Großes geleistet zu haben, und meinten, sie hätten schon 3 Tage gearbeitet, mit solchem Fleiß, daß sie nicht einmahl Zeit gefunden die Umgebung zu besehen. Die Verhandlung wurde höchst peinlich für mich und als Einer sogar einen Antrag stellte, daß ein Lied „eine feste Burg ist unser Gott“ ich weiß nicht mehr aus welchem Grunde, weggelassen werden möge, da erklärte ich, daß wir Wiener und Breslauer von der Reise allzusehr ermüdet nicht mehr Theil nehmen könnten an der Verhandlung und man möchte daher die Sitzung aufheben. Das gelang, wir gingen auseinander entschieden in eine Rechte und Linke getheilt, um uns so den andern Morgen um 8 Uhr wieder zu einer Ausschußsitzung zusammen zu finden.

Noch an demselben Abende sind die Berliner angekommen, welche sich uns alsogleich in Allem angeschlossen, eben so that München, Wartburg und Erlangen. In dieser Weise verstärkt kamen wir am andern Morgen in die Klemka — so heißt das Sitzungslocal. — Nachdem Berlin sein Contingent an Ausschußmitgliedern hatte einregistriren lassen, und noch einige Kleinigkeiten erledigt waren, erhielt ich das Wort und ich legte abermals unsere gegenwärtige Stellung in Wien auseinander berührte auch die von Berlin und zeigte die Unverträglichkeit solcher Zustände mit einer Herreise von unserer Seite zu einem bloßen Feste und zu einer bloßen Berathung einiger Studentenangelegenheiten oder eigentlich zur Abfassung einer auf sie Bezug habenden Petition an die Nationalversammlung in Frankfurt, die Rechte wollte mich nicht anreden lassen, denn sie meinte das gehöre nicht in die Ausschußverhandlung und es wurde zur Tagesordnung geschritten auf welcher die neuen Präsidentenwahl für den Ausschuß obenan stand. Der bisherige Präsident erklärte man müsse zu einer solchen Wahl schreiten, denn es könnte sich sehr leicht ereignen, daß jetzt einer von den Wienern oder Breslauern, die früher auch nicht anwesend waren, gewählt würde. Hierauf erklärte

mein wackerer College aus Breslau. Giseke, er könnte sich zur Annahme der Präsidentenstelle nicht entschließen, denn er sei allzu sehr Parteimann. Ich rückte mit einer gleichen Erklärung nach und als Einer von der Rechten ganz wütend aussprang: „wir sind alle Parteimänner, in der Erklärung der Wiener und Breslauer liegt eine Beleidigung der Versammlung und sie müssen die Präsidentenstelle annehmen, wenn die Wahl sie trifft,“ da wiederholte ich meine Erklärung ganz gelassen, daß ich mich zur Annahme der Präsidentenstelle nicht werde zwingen lassen und nach kurzem Hin- und Herreden ward Salis aus Berlin Vizepräsident des demokratischen Clubs daselbst erwählt. Unter dieser neuen Leitung hatten wir im Verlaufe des Vormittags unsere Parlamentfrage noch einmal aufgegriffen, es sprachen zu Gunsten des Parlaments: Hrczka aus Wien, Giseke und Rothe aus Breslau, Lang aus München (mit Auszeichnung), Salis aus Berlin und Peters aus Göttingen. Die Hallenser und Jenenser, von welchen die ursprüngliche Einladung zu einer Wartburger Versammlung ausgegangen, und welche vereint mit einem Theil Leipziger die Rechte bildeten, meinten sie hätten uns nur zu einem Feste und zur Berathung einiger Studentenangelegenheiten eingeladen und es könne einer dahin bezüglichen Petition nach Frankfurt nur von einer Studentenversammlung auf der Wartburg, nicht aber von der ganzen Studentenschaft Deutschlands die Rede sein, wie es im Sinne des projektirten Parlaments liegt. Rothe aus Breslau meinte, er und die Wiener seien Deputirte und wir würden nicht anders unterschreiben und stimmen als im Namen von 100 Breslauern und 6000 Wienern. Eben dasselbe erklärt Berlin und Marburg. Giseke aus Breslau meinte, es wäre gar nicht zu debattiren darüber, denn wir Wiener, Breslauer, Berliner u. s. w. würden uns in jedem Falle konstituiren zu einem Parlamente und wir thun nichts Anderes, als daß wir die andern durch Studenten hier vertretenen Universitäten einladen, sich uns anzuschließen. Das höchst interessante Resultat dieser mehrstündigen Debatte war die Annahme des Beschlusses, daß die Studenterversammlung auf der Wartburg als solcher für sich und das Parlament der deutschen Studentenschaft wieder für sich bestehen soll. In Bezug auf Legteres mußte jedoch die Verfügung getroffen werden, daß der Vorschlag zuerst der ganzen anwesenden Studentenschaft auf öffentlichem Markte Nachmittags um 2 Uhr mitgetheilt, daß die einzelnen Universitäten in bestimmten Localen hierauf zur Wahl ihrer Deputirten vorgehen und daß von 100 je ein Deputirter gewählt werde. Für eine große Zahl der hier vertretenen Universitäten konnte die Deputirtenwahl gar nicht vorgenommen werden, weil sie ohnedies nur durch ein, zwei oder drei hier vertreten waren, z. B. Heidelberg, Gießen, München, Bonn, Greifswald, Göttingen, Würzburg, Erlangen. Für den Abend ward eine Versammlung zur Erhebung der Resultate angekündigt. Man begann damit die einzelnen Universitäten aufzurufen und die Zahl und Namen ihres Deputirten, Falls sie solche gewählt, abzufordern. Wien eröffnete die Reihe und ich erklärte, daß nach der Zahl der Wiener Studenten und nach dem Wahlmodus, pr. 1 Deputirter auf 100 Studenten müßten wir 45 Deputirte haben, weil aber nur 27 anwesend sind, müßten die Meisten 2 Stimmen haben, allein ich benützte die Gelegenheit um die bei einem Theile der Versammlung bereits festgewordene Behauptung zu widerlegen, als beabsichtigten die Wiener die Versammlung zu tyrannisiren und ich verlange nicht mehr Stimmen für Wien als Deputirte hier sind, nämlich 27. Diese Erklärung wurde mit großem Beifalle aufgenommen. Als München aufgerufen wurde, meldete sich Lang mit der Bemerkung, daß nur 2 anwesend sind, — München aber 800 Studenten zähle, es müsse daher jeder der

2 Anwesenden 4 Stimmen haben. Ich legte dagegen Protest ein und gab zu verstehen, daß es nicht so ganz und gar Generosität von mir gewesen wäre, indem ich auf die Doppelstimmen verzichtet, sondern der Hauptgrund liege darin, daß ich es für unrecht halte; denn es sei nicht gleichgültig, ob 2 Personen 2 Stimmen haben, die sich möglicher Weise aufheben können, oder ob 1 Person 2 Stimmen hat, die sich nur unterstützen müssen. Präsident Salis meinte, ich hätte im Prinzip und im Allgemeinen recht; allein die Münchner hätten ein genau eingeschränktes Mandat, und es müßten 8 eben so stimmen wie 2. Ein anderer Redner, meinte er, könne um des Rechtes willen die Generosität der Wiener nicht gesten lassen und ich machte denn keine weitere Schwierigkeit 45 Stimmen anzunehmen. In dem weitem Aufruf erklärten mehrere Universitäten sich nur dann anzuschließen, wenn sich eine Majorität für das Parlament herausgestellt haben werde, und nachdem sich diese wirklich in 9 gegen 5 ergab, traten alle Universitäten bei. Das war der Sieg der Wiener, vor welchen man hier einen ganz besondern Respekt bekommen hat. Auch die Bürger Wiens wegen ihres treuen Zusammenhaltens mit der akademischen Legion höre ich von hiesigen Bürgern, so wie in Breslau, Berlin und Halle allgemein loben. Hier zu Lande hat man gar keine Ahnung von einer solchen Einigkeit, wie sie in Wien seit dem 26. Mai geherrscht. Bürger Wiens, bewahrt euch euren Ruhm, der durch ganz Deutschland verbreitet ist! — Nach einer kurzen, etwas komischen Scene, in welcher ein Jenenser beinahe stehete, man möchte wenigstens in Anerkennung der Verdienste, welche sie um das Ganze sich erworben, und aus Schonung zuerst ihr Fest am Montag abhalten lassen und das Parlament erst Dienstag eröffnen, gingen wir zu stimmen auseinander mit der Aussicht, noch längere Zeit hier zu bleiben. — So eben habe ich mit Ruge, Alfred Meißner, Fr. Schütte und Dudge aus Leipzig gesprochen. Die 2 Ersteren gehen nach Frankfurt, Schütte hat mir einen Brief gezeigt von einem Techniker Ernst Green, worin er aufgefordert wird, so bald als möglich nach Wien zu kommen, um sich an die Spitze der akademischen Legion zu stellen, welche jetzt ganz ohne Führer wäre. Wenn ich Zeit hätte, möchte ich an Euch, meine lieben Kameraden, aus der akademischen Legion einige Fragen hierüber stellen.

Ungarn.

Den Magyaren charakterisirt unter andern Loyalität und Treue, aber ausschließlich für seine frei gewählte königliche Dynastie; obwohl deren fremde Höslinge unsere Nation zu unzähligen Malen schändlich hintergingen und das heiligste Wort und den Eid des Königs schändlich Lügen strafen; aus diesem Gesichtspunkte beurtheilte man das Zaudern unseres Ministeriums (in wie ferne dieses Bezug auf Kroatien sündigte, werden wir in unserm Blatte „Ungarn und Deutschland“ im nächsten Monate im „Sündenregister“ des Ministeriums erörtern). Die Hofkamarilla hat Jellasiß zum Banus ernannt, und somit den letzten Gisthauch ihrer Macht ausgehaucht, denn sie rechnete mit teuflischer List auf diese Wirren und Zerrüttungen und hoffte dadurch ihre frühere Macht zu erlangen. Diese intriguirte auf allen Wegen seine Verräthereien zu legalisiren, und hintertrieb die Absetzung desselben bis jetzt. Nun aber stämpelte der König ihn, den Jellasiß dem Banus, der auf seine Vorladung nicht erschien, zum Landesverräter, zum Majestätsverbrecher und enthob ihn, den Banus Jellasiß aller seiner Würden und seiner Aemter, der es wagte, einen Landtag eigenmächtig auszuschreiben und dies alles unter dem Kamarillamantel der Treue gegen seinen König! Wir waren die ersten, die dem Banus Jellasiß vor einem Monate sammt seiner illirischen Partei und Umgebung zu Landesverräthern erklärten, weil wir den gewaltigen, ungeseglichen

Weg, denn er schritt, kannten, und die Folgen leicht voraussahen, und nun was thut der König? entsetzt ihn den allmächtigen Damm Jellachich seiner Stelle, entbindet die Bewohner der drei Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien des Gehorsames gegen ihn, dem Banus, und befehlt dem panslawischen Landesverräther sich vor dem königlichen Commissär Grabowsky zu stellen. Nun aber wird sich Jellachich der Majestätsverbrecher, zum Grabowsky als königlichen Commissär begeben, wo er weiß, daß ihn die Strafe des Todes wartet? also muß man eine Prämie auf seinen Kopf setzen, damit er der Strafe nicht entgehe; schlugen wir nicht dies vor einem Monate vor? und deswegen droheten uns die elenden Wiener Illirier Mord und Verderben, und wir? wir verachteten sie und lachten. Was ist die illirische Partei in Kroatien? eine zügellose Horde Räuber, die alle königlichen Kassen in Kroatien und Slavonien sogar in den fremden Komitaten Ungarns und in Steiermark beraubten, alle Güter kroatischer und ungarischer Grundherren verwüsteten, Personen und Eigenthum gefährdeten, also jedenfalls Räuber. — Gestern erfuhren wir von einem Reisenden aus Prag, daß die illirischen Kreuzritter unter ungarischen Kofarden hier anlangten, und daß man sie entwaffnete. Also kein Heil mehr für ihre Umtriebe, weder in Kroatien, weder in Prag, und in Wien wird man schon Maßregeln treffen, sie zu entfernen.

Der König hat die illirische Partei für Rebellen erklärt, und nur Süd-Ungarn allein greift zu den Waffen, Freiwillige zu Pferd und zu Fuß, die tapferen Sayger und Kumanier, die Bauern mit Sensen, 6000 der Szekler-Helden sind in Arad, wir haben unten kaum zwei Regimenter Truppen gegen die verführten tapfern Grenzer und die aufgewiegelte Masse zu stellen, wir sagen aber mit den Szeklern: „Gott hilf unsern Feinden nicht, aber auch uns nicht, sondern siehe nur zu.“ Der energische Grabowsky wird seinen Fehler gut machen, er versetzte Karlowitz, das Räubernest, in Schutthausen und zer Sprengte eine wilde Horde. Kroatien muß also mit Waffen erobert werden, die Aufwiegler werden sich flüchten, was wird man mit der verführten Masse machen? Kroatien kann nicht mehr als Kroatien bestehen, kein Banus, kein Landtag darf mehr gehalten werden, Ungarn ganz einverleibt, werden sie die Befehle in der kroatischen Sprache vollziehen, und nicht in ungar-

rischer Sprache, wie unser Ministerium albern verordnete. Der Reichstag wird dies nie und nimmermehr erlauben.

Die sächsische Deputation der Bureaukraten, die die Sanktion der Union vom König abzuwaschen und somit das gesetzlich im ungarischen Landtage ausgesprochene Wort seiner Majestät kompromittiren wollten, haben eine kräftige Antwort erhalten, wir theilen sie in der nächsten Nummer mit. Die Jellachichische Geschichte wird den Umtrieben den Todesstoß versetzen, es wird eine Freude werden, wie die umstimmen werden.

Erzherzog Franz-Karl und Erzherzog Ludwig erklären unserem Ministerium, daß sie an den kroatischen Umtrieben keinen Theil haben(?) Die Blätter sagen Kollowrath soll es gewesen sein, wir führten ihn schon längst als Urheber aller panslawischen Umtriebe an, aber woher die Macht???

L ö l t é n y M.

Notizen.

(Gestern wieder Alarm!) Das Gespenst der Arbeiter wandelt durch alle Straßen, bringt bei hellem Tage in den Sicherheits-Ausschuß, jagt unsere Nationalgarde in zwecklosen Uebungsmärschen bei der großen Hitze von einer Linie zur andern, und mahnt uns fast an die eingelegte Lanze des Don Quixotte gegen die Windmühlen.

Der patriotische Commandant der Leopoldstädter Nationalgarde muthet sogar mit theatralischem Pathos dem Ausschusse zur Wahrung der Volksrechte das unverzügliche Ausrücken des Militärs zu.

Nach unserer Meinung war die gestrige Ausrückung wenigstens in der Ausdehnung, als sie stattfand, nicht nur ganz überflüssig und zwecklos, sondern sie beweiset offenbar, daß der Ausschuß unverläßlichen Nachrichten zu viel Glauben schenkt, — sollte sie aber je nöthig werden, so darf der Herr Ober-Kommandant der Leopoldstadt überzeugt sein, daß die moralische Kraft der Nationalgarde und des academischen Corps allein schon zureichte, die Ruhe der Stadt gegen einige Irgeleitete zu schützen, und wir daher die Militärgewalt gegen unsere Mitbrüder die Arbeiter, welche sich mit wenigen Ausnahmen bisher höchst ehrenvoll benommen haben, so Gott will! nie in Anspruch nehmen werden.

E. Haus.

E r k l ä r u n g.

Wien 19. Juni 3 Uhr Nachmittags. Gestern wurde die Einzeichnung der Wähler geschlossen; heute beginnt man zu wählen. Das heißt die Wahlen eskamotiren. Mit der Erstreckung der Einzeichnungsfrist schiebt sich die Wahl von selbst auf. Dennoch erklärt der Minister, daß außer der Beschränkung, die Wahlmänner aus dem Distrikte nehmen zu müssen, alle übrigen Bestimmungen der Wahlordnung aufrecht erhalten werden und der Gemeindeauschuß beeilt sich dies kundzumachen; wir aber beissen uns, dagegen Verwahrung einzulegen. Was heute an den Wahlorten geschieht, ist nichtig. Zwischen dem Schlusse der Einzeichnung und dem Beginn der Wahl muß ein Zwischenraum zur Besprechung sein. Diese Woche darf und kann keine Wahl mehr stattfinden. Nicht denn Gemeindeauschuß, den dieser ist eine aristokratische Körperschaft, die Anderes will als wir, aber den Ausschuß der Bürger, Nationalgarben und Studenten, der bestellt ist zur Wahrung der Volksrechte, diesen beschwören wir, einzuschreiten gegen ein solches überstürzendes Verfahren, das ganz geeignet ist, die Ruhe der Stadt zu gefährden dadurch; daß es die Wahlen verfallt.

E. Winterberg.

COURS-BERICHT DER STAATSPAPIERE IN WIEN

am 19. Juni 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	65 1/2	Anlehen vom Jahre 1834	104	Esterházy Lose à 20 fl.	19	Glognitzer Actien	83
" " " 4%	53	" " " 1839	66 1/2	Waldstein'sche Lose	16	Pesther	57
" " " 3%	38	Esterházy Lose à 40 fl.	46	Nordbahn-Actien	98 1/2	Gmundner	155
Bank-Actien	995	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	60	Dampfschiff	450

Gedruckt bei Franz Edlen von Schmid.